



**Städte- und Gemeindebund  
Nordrhein-Westfalen**

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf  
Kaiserswerther Straße 199-201  
40474 Düsseldorf  
Telefon 0211 • 4587-1  
Telefax 0211 • 4587-291  
E-Mail: info@kommunen.nrw  
Internet: www.kommunen.nrw

Vorbericht  
98. Sitzung des Ausschusses  
für Städtebau, Bauwesen und  
Landesplanung  
am 07.03.2019 in Bergisch Gladbach

Aktenzeichen: G.8.2-008 gr

Ansprechpartner:  
Beigeordneter Rudolf Graaff  
Durchwahl: 0211 • 4587-239

**Zu Punkt 12 der TO:**  
**Digitalisierung von Bebauungsplänen –**  
**Sachstand Plattform Geoinformation**

**12.1 Beschlussvorschlag:**

**12.1.1** Der Ausschuss begrüßt grundsätzlich das Angebot des MWIDE, die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bei der flächendeckenden Bereitstellung digitaler Bauleitpläne zu unterstützen. Das MWIDE soll dabei sicherstellen, dass die heterogene kommunale Digitalisierungslandschaft im Geoportal NRW abgebildet werden kann.

**12.1.2** Unabhängig hiervon sollte weiter angestrebt werden, die fachliche Arbeit der Verwaltungen im Bereich Geoinformation personell wie organisatorisch besser zu unterstützen, etwa durch eine „Plattform Geoinformation“ oder eine „Plattform Digitale Planungsdaten“.

**12.2 Begründung:**

Der Ausschuss für Städtebau, Bauwesen und Landesplanung hat zu TOP 14 in seiner 96. Sitzung am 17.04.2018 die Landesregierung aufgefordert, die Kommunen beim flächendeckenden Aufbau einer „Plattform Geoinformation NRW“ zur Bereitstellung kommunaler Geodaten für Bürger, Firmen, Planungsbüros und Investoren zu unterstützen. Zumindest sollte die Landesregierung die Kommunen bei der Digitalisierung von Bauleitplänen und der Bereitstellung über eine zentrale Portallösung unterstützen. Zwischenzeitlich haben die kommunalen Spitzenverbände in NRW bereits Gespräche mit dem RVR und dem Dachverband kommunaler IT-Dienstleister KDN stattgefunden, um Chancen einer möglichen Kooperation auszuloten (siehe hierzu TOP 12 zur 97. Sitzung des Ausschusses am 11.10.2018).

Nunmehr hat am 11.12.2018 eine Besprechung der Geschäftsstellen der kommunalen Spitzenverbände mit den kommunalen Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitsgruppe „Geoinformation Kommunal NRW“ (AG GeoKOM.NRW) stattgefunden. Die Idee der „Plattform Geoinformation NRW“ ist maßgeblich aufgrund der Arbeit der AG entstanden. Ihr ursprüngliches Aufgabenfeld, die Erarbeitung von Hilfestellungen zur Umsetzung des GeoZG/der INSPIRE-Verpflichtungen, hat sich nach Feststellung der AG mittlerweile erschöpft, weshalb die Besprechung dazu dienen sollte, künftige Themenschwerpunkte mit Blick auf die wachsenden Aufgaben der Kom-

munen im Bereich E-Government und Open Data zu definieren. Wegen der Einzelheiten wird auf das in der **Anlage** beigefügte Ergebnisprotokoll verwiesen.

In der Besprechung wurde zugleich das Thema Digitalisierung von Bauleitplänen behandelt. Hierzu stellte LMR'in Dr. Alexandra Renz, die Leiterin des Referats VIII B 1 „Digitalisierung der Landesplanung“ im Landeswirtschaftsministerium (MWIDE) die Grundzüge eines möglichen Angebots des MWIDE zur Unterstützung der Kommunen in diesem Bereich vor, um in NRW zu einem einheitlichen Stand und der umfassenden Bereitstellung digitaler Bauleitpläne zu gelangen. Das Ministerium könne sich vorstellen, auf Kosten des Landes über Geobasis NRW und mit technischer Unterstützung durch IT.NRW von den Städten und Gemeinden zugelieferte digitale Pläne nach einheitlichen Standards INSPIRE-konform aufzubereiten und über das Geoportal des Landes (geoportal.nrw.de) zur Verfügung zu stellen.

Technisch würde es sich hierbei aber letztlich nur um die Aufbereitung der Umringe (Geltungsbereiche) der Bauleitpläne handeln. Das Einscannen alter Pläne in Papierform obläge müsste durch die Kommunen selbst organisiert werden. Die grafische Darstellung würde sich praktisch nicht von der bisherigen Form unterscheiden, wie sie Städte und Gemeinden bei neuen Plänen ohnehin in Form von PDF etc. vornehmen. Teilweise geht die digitale Aufbereitung in einigen Kommunen jedoch schon heute über diesen Standard hinaus. Aus Sicht der kommunalen Praxis die bestmögliche Lösung wäre eine vektorisierte Form der Vollinhalte von Plänen. Erst solche Datensätze können eine vollständige Grundlage für automatisierte Prüfvorgänge insbesondere in elektronischen Baugenehmigungsverfahren bilden.

Auf dieser Grundlage haben die Fachvertreter und die Kommunalen Spitzenverbände Ihr Interesse am Angebot des MWIDE bekundet. Die Annahme des Angebots setzt allerdings folgende Unterstützungsleistungen voraus:

- Digitalisierung mit amtlich bestätigten Umringen und georeferenzierten .tiff-Planinhalten;
- Unterstützung des MWIDE und von IT.NRW zur Bestimmung von Standards, Homogenisierung des Verfahrens und der digitalisierten Ergebnisse;
- Abbilden der heterogenen Digitalisierungslandschaft im Geoportal NRW, um Kommunen mit bereits vektorisierten Plänen nicht zu einem Rückschritt zu zwingen („Managen von Heterogenität der Ausgangspläne“);
- Gewinnung des MHKBG zur gemeinsamen Projektträgerschaft mit dem MWIDE und den KSV;
- Aktivierung des Know-hows des RVR für die Erstellung georeferenzierter Planinhalte.

Für die weitere Vorgehensweise haben kommunalen Spitzenverbände vorgeschlagen, die Umsetzung in einer Projekt-AG mit kommunalen Praktikern vorzubereiten und zu begleiten.

Ungeachtet des Angebots des MWIDE halten es die drei kommunalen Spitzenverbände für sachgerecht, an der Idee einer „Plattform Geoinformation“ oder zumindest einer „Plattform Digitale Planungsdaten“ festzuhalten. Mit Blick auf die angelaufenen Aktivitäten in den fünf Digitalisierungs-Modellregionen des MWIDE und der erklärten Absicht des MHKBG, in einem überschaubaren Zeitraum das digitale Baugenehmigungsverfahren zu etablieren, besteht ein offenkundiges Erfordernis, Pläne und Planinhalte in geeigneter Form digitalisiert und in open Data-Formaten bereitzustellen. Doch nicht nur die Digitalisierungsprozesse in den Themenbereichen Stadtentwicklung, Landschaftsplanung oder Bauaufsicht, sondern auch in den Bereichen Schule, Sicherheit oder Statistik werden eine angemessene Kompetenz der Kommunen im Bereich der Geoinformation erfordern. Deshalb sollte weiter an-

gestrebt werden, die fachliche Arbeit der Verwaltungen personell wie organisatorisch besser zu unterstützen. Die Landesregierung sollte aufgefordert werden zu prüfen, ob neben der Förderung digitaler Modellkommunen auch insoweit Landesmittel bereitgestellt werden können, um die Finanzierung einer solchen Plattform (zumindest teilweise) sicherzustellen.